

# Kriege, Aktien, Gold, Inflation und Steuern - wie hängt das zusammen?

13.08.2017 | [Manfred Gburek](#)

Eine Frage, die derzeit nicht nur Anleger bewegt: Mit welchen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen müssen wir rechnen, wenn der Krieg der Worte zwischen den USA und Nordkorea in eine militärische Auseinandersetzung übergeht?

Was die Politik betrifft, ist keine seriöse Vorhersage möglich, dafür sind beide Seiten viel zu unberechenbar. Und die Wirtschaft, die Börse inbegriffen? Als erste Reaktion gibt es erfahrungsgemäß einen Schock, der sich am schnellsten in Kursrückgängen der Aktien zeigt. Das war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und einigen unruhigen Jahren beim Ausbruch des Koreakriegs der Fall, später aus Anlass der Kubakrise im Jahr 1962, beim Vietnamkrieg einige Jahre später, nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait 1990 und nach den Terroranschlägen von New York und Washington vom 11. September 2001 - um nur besonders markante Ereignisse zu nennen.

Im Gefolge des ersten Schocks reagierten die Anleger unterschiedlich: Während zum Beispiel nach dem Koreakrieg und nach der Kubakrise Kurserholungen einsetzen, brachen die Aktienkurse während des jahrelangen Vietnamkriegs zwei Mal, 1970 und 1974, stark ein. Nachdem die USA Anfang 1991 Kuwait befreit hatten, erholten sich die Aktienkurse wieder ganz schnell. Anders dagegen die Reaktion auf die Terroranschläge: Die Kurse purzelten weiter.

In allen hier genannten und in vielen anderen Fällen wird deutlich: Die unterschiedlichen Kursreaktionen sind zwar kurzfristig auch auf die Politik zurückzuführen, aber entscheidend ist die Ökonomie. Das geht besonders klar aus der Entwicklung der Aktienkurse nach dem 11. September 2001 hervor. Damals reagierten die Anleger in erster Linie auf die bis zum Jahr 2000 aufgeblasenen Kurse und auf den drohenden Abschwung der Konjunktur. Erst eineinhalb Jahre später, nach der Besetzung des Irak durch die USA und ihre Verbündeten im Frühjahr 2003, kam es zu einer nachhaltigen Kurserholung.

Und der Goldpreis? Auf den Punkt gebracht: Er entwickelte sich über längere Zeitabschnitte weitgehend eigenständig, unabhängig von Krieg und Frieden. Während der 70er Jahre explodierte er geradezu, weil vor allem die Inflation ihn hochtrieb. Dann folgten zwei Jahrzehnte Abwärtstrend, denen sich ein Jahrzehnt Aufwärtstrend anschloss. Danach, beginnend im Sommer 2011, folgte wieder ein Abwärtstrend, der zuletzt in einen Seitwärtstrend überging und Hoffnung auf den nächsten Preisanstieg macht.

Es waren immer primär ökonomische, im engeren Sinn geldpolitische bzw. finanzielle Ursachen, die den Goldpreis nach oben oder nach unten trieben. Insofern erübrigen sich die von den Mainstream-Medien gern verbreiteten Kommentare, wonach Gold in erster Linie ein Krisenmetall sei, sodass sein Preis im Kriegsfall steige. Das mag für kurze Zeit, wie in diesen Tagen, vorübergehend der Fall sein, trifft jedoch auf mittlere bis lange Sicht nicht zu.

Diese Aussage bedarf indes noch einer wichtigen Ergänzung: Bereits die Vorbereitung auf einen Krieg bzw. auf dessen Verhinderung verschlingt Unsummen, die der Rüstungsindustrie zugute kommen und von Staaten in Verbindung mit ihren Notenbanken über die - im übertragenen Sinn - Gelddruckmaschine bereitgestellt werden. Das ist ein Teil der Inflation. Er kann dominant werden, wie in den 70er Jahren, als der Vietnamkrieg tobte und für die amerikanische Bevölkerung zum Trauma wurde. Wie erwähnt, gab es damals neben den beiden Einbrüchen der Aktienkurse von 1970 und 1974 einen Höhenflug des Goldpreises und geradezu eine Explosion des Silberpreises.

Die Rüstungsetats der USA und ihrer Nato-Verbündeten wie auch der meisten anderen Länder dieser Welt weisen auf Dauer nur in eine Richtung: nach oben. Alle paar Jahre - je nach Waffenart auch Jahrzehnte - wird auf moderneres Gerät umgerüstet, ohne dass man im Voraus weiß, ob es überhaupt je zum Einsatz kommen wird. Dennoch setzt sich die Lobby der Rüstungsindustrie fast immer durch - und damit der zu großen Teilen unproduktive Kapitaleinsatz.

Man kann lange darüber streiten, ob dieses Kapital am Ende nicht doch auch produktiv eingesetzt wird, etwa beim sogenannten "dual use" (Verwendung sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke). Oder ob sein Einsatz für Waffen aller Art das Wachstum einer Volkswirtschaft erst ermöglicht, weil das nicht in die Rüstung fließende produktive Kapital dann seine positive Wirkung voll entfalten kann, ohne von fremden Mächten daran gehindert zu werden. Doch zu Ende gedacht, bleibt es dabei: So wichtig die

Rüstungsindustrie für die Verteidigung eines Landes auch sein mag, im Endeffekt trägt sie nur mittelbar und nur teilweise zum Wachstum einer Volkswirtschaft bei.

Zweifellos wird US-Präsident Donald Trump Deutschland und andere Nato-Verbündete weiter drängen, ihre Verteidigungshaushalte aufzustocken. Das dürfte Deutschland derart in die Bredouille bringen, dass bereits im nächsten Jahr - ganz unabhängig davon, welche Koalition die Bundesregierung stellen wird - mit Steuererhöhungen zu rechnen ist. Warum Deutschland? Weil der Bundeshaushalt eine gehörige Unwucht hat, die über Jahre hinaus so gut wie programmiert ist: Seine Eckwerte für 2018 umfassen vom Gesamtvolumen in Höhe von 335,5 Milliarden Euro 38,5 Milliarden (11,5 Prozent) für die Verteidigung sowie 140,9 Milliarden (42,0 Prozent) für Arbeit und Soziales, zusammen also weit über die Hälfte.

In beiden Haushalten ist nach unten nichts mehr zu machen, nach oben dagegen viel - zulasten der Steuerzahler. Man mag nun darüber streiten, in welchem Umfang sich das Ganze auch inflationär auswirken kann. Sicher ist indes, dass Steuererhöhungen kommen werden. Als heiße Kandidaten gelten - wie immer schon, wenn der Bund mehr Geld braucht - die Umsatzsteuer, außerdem eine Immobiliensteuer anhand der Verkehrswerte (zusätzlich zur Erhöhung der Grundsteuer, die allerdings den Kommunen zugute kommen soll).

Welchen Unfug die jetzige Bundesregierung mit ihren vermeintlichen Wohltaten für Rentner und Mütter angerichtet hat, dürfte sich während der kommenden Jahre zeigen, wenn immer mehr Babyboomer aus den 60er Jahren in Rente gehen und den Haushalt für Arbeit und Soziales zunehmend belasten. Dann droht die Unwucht im Bundeshaushalt noch schlimmer zu werden. Und nicht zu vergessen: Weder der Verteidigungs- noch der Haushalt für Arbeit und Soziales lässt sich herunterfahren. Dafür wird in dem einen Fall Donald Trump, in dem anderen die Riege opportunistischer Politiker sorgen, die über die Verteilung von weiteren Wahlgeschenken wiedergewählt werden wollen.

Fassen wir zusammen: Das verbale Säbelrasseln zwischen den USA und Nordkorea hat unabsehbare Folgen. Aktienkurse reagieren eher auf wirtschaftliche und im Besonderen auf finanzielle Einflüsse als auf Kriege. Gold bietet in erster Linie Schutz vor Inflation; sein Preis reagiert nur kurzfristig auf Kriege.

Die Rüstungsindustrie ist mitverantwortlich dafür, dass die Verteidigungshaushalte immer weiter wachsen, ohne dass davon langfristig entscheidende Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgehen. Im Bundeshaushalt dominiert der Etat für Arbeit und Soziales; er droht weiter stark zu wachsen und dadurch mittelbar die Inflation anzuheizen. Abschließendes Fazit: Wer relativ viel Geld in Gold und Silber angelegt hat, braucht sich bei alldem keine Sorgen zu bereiten.

Ab Sonntagmorgen bei gburek.eu: E-Autos gegen Verbrenner, ein langwieriger Umbruch

© Manfred Gburek  
[www.gburek.eu](http://www.gburek.eu)

*Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.*

---

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](http://GoldSeiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/342999-Kriege-Aktien-Gold-Inflation-und-Steuern--wie-haengt-das-zusammen.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

---

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).